

Die ukrainische Mobilisierungsherausforderung: Militär und Gesellschaft während des vollumfänglichen Krieges

05.02.2026

Am 24. Februar 2022, dem Tag der vollumfänglichen Invasion Russlands in der Ukraine, unterzeichnete der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj ein allgemeines Dekret zur Verhängung des Kriegsrechts. In den ersten Monaten des Großkrieges wuchsen die ukrainische Armee und die Territorialverteidigungskräfte (lokal basierte Bodentruppen) aufgrund des Zustroms hochmotivierter Freiwilliger und Reservisten rapide an. Seit 2023, insbesondere nach der gescheiterten Gegenoffensive im Sommer desselben Jahres, wurde der Rückgang der Zahl neuer Rekruten für die ukrainischen Streitkräfte (Zbrojni Syly Ukrainy – ZSU) jedoch zu einem zunehmenden Problem. Gegen Ende des Jahres begannen ukrainische Beamte, den Personalmangel öffentlich anzuerkennen.

Von **Jakob Hedenskog** und **Andreas Umland**

Einleitung

Am 24. Februar 2022, dem Tag der vollumfänglichen Invasion Russlands in der Ukraine, unterzeichnete der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj ein allgemeines Dekret zur Verhängung des Kriegsrechts. In den ersten Monaten des Großkrieges wuchsen die ukrainische Armee und die Territorialverteidigungskräfte (lokal basierte Bodentruppen) aufgrund des Zustroms hochmotivierter Freiwilliger und Reservisten rapide an. Seit 2023, insbesondere nach der gescheiterten Gegenoffensive im Sommer desselben Jahres, wurde der Rückgang der Zahl neuer Rekruten für die ukrainischen Streitkräfte (Zbrojni Syly Ukrainy – ZSU) jedoch zu einem zunehmenden Problem. Gegen Ende des Jahres begannen ukrainische Beamte, den Personalmangel öffentlich anzuerkennen.

Am 19. Dezember 2023 erklärte Präsident Selenskyj auf einer Pressekonferenz gegenüber Journalisten, dass das ukrainische Militär einen Bedarf an weiteren 450.000 bis 500.000 Soldaten habe. Dies stellte sich als komplexe Aufgabe heraus. Die Mobilisierung war und ist dringend erforderlich, um Verluste zu ersetzen, erschöpfte Truppen abzulösen und genügend Reserve aufzubauen, um russischen Offensiven Widerstand zu leisten und sie soweit möglich zurückzuschlagen. Allerdings ist die Mobilisierung in der Bevölkerung zunehmend unpopulär und stellt für ein Land mit schrumpfendem Bruttoinlandsprodukt (BIP) eine wirtschaftliche Belastung dar.

Das Mobilisierungsgesetz von 2024

Der erste Entwurf eines neuen Mobilisierungsgesetzes wurde am 25. Dezember 2023 dem ukrainischen Parlament, der Werchowyna Rada, vorgelegt. Er wurde sofort von Politikern und verschiedenen Institutionen sowie der ukrainischen Öffentlichkeit kritisiert, da er die Rechte der Wehrpflichtigen einschränkte und das Korruptionsrisiko erhöhte.¹¹ Ein neuer Gesetzentwurf (Nr. 10449) wurde am 30. Januar 2024 veröffentlicht. Obwohl über 4.000 Änderungsanträge eingereicht wurden, wurde er am 11. April von der Werchowyna Rada zügig verabschiedet und fünf Tage später von Präsident Selenskyj unterzeichnet. Dieses Gesetz, das am 18. Mai als [Gesetz Nr. 3633-IX](#) in Kraft trat, reformierte den Wehrdienst, die Mobilmachung und die Wehrpflicht. Es strafft den Prozess, sorgt für transparentere Verfahren und legt klarere Richtlinien für Bürger und Behörden bezüglich der Wehrpflicht fest. Die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes betreffen:

Militärische Registrierung

- Alle wehrpflichtigen Männer und Reservisten im Alter von 18 bis 60 Jahren müssen ihre persönlichen Daten im Militärregister – beim territorialen Rekrutierungszentrum, beim Verwaltungsdienstzentrum (Ukr.: CNAP) oder über ein elektronisches Kabinett namens „Reserv+“ – innerhalb von 60 Tagen nach Inkrafttreten des Gesetzes aktualisieren.
- Registrierte Bürger müssen ihre Wehrpflichtunterlagen jederzeit mit sich führen und sie auf Verlangen den Behörden oder der Polizei vorlegen.
- Das Gesetz erlaubt eine freiwillige statt einer obligatorischen Registrierung auf elektronischem Wege und

hebt Maßnahmen wie Reisebeschränkungen für Verstöße oder die Beschlagnahme von Geldern auf.

Aufschub und Durchsetzung der Wehrpflicht:

- Alle Vollzeitstudierenden haben Anspruch auf Aufschub, so lange sie eine Hochschulausbildung absolvieren.
- Für Personen, die sich nicht an die Vorschriften zur Wehrpflichtregistrierung halten, werden strengere Strafen eingeführt, darunter Geldbußen.
- Bestimmte Personen mit krimineller Vergangenheit (mit Ausnahme derjenigen, die schwere Straftaten begangen haben) können zum Militärdienst einberufen werden, was in einigen Fällen zur Aussetzung der gegen sie laufenden Gerichtsverfahren führt.

Zusätzliche Maßnahmen:

- [„Oberih“ \(Talisman\), ein einheitliches](#) elektronisches Register für Wehrpflichtige und Reservisten, sowie ein digitales Militär-Ausweissystem wurden eingeführt, um die Datenerfassung und Kommunikation zu rationalisieren.
- Ukrainer, die sich länger als drei Monate im Ausland aufhalten, müssen ihre Daten im Register aktualisieren, da ihre Einträge sonst gelöscht werden.
- Als Anreize für Männer, die sich zum Militärdienst melden, wurden ein garantierter jährlicher Grundurlaub, eine finanzielle Entschädigung und andere Vergünstigungen eingeführt.

Zentrale Herausforderungen der Mobilisierung

Obwohl das neue Gesetz das Einberufungsprozedere verbessert, vor allem durch die Einführung eines optimierten Digitalsystems für die Registrierung von Wehrpflichtigen, steht die Ukraine weiterhin vor vielen Herausforderungen. In der intensiven öffentlichen Debatte in der Ukraine wird der anhaltende Personalmangel der ZSU mit Korruption, gesellschaftlicher Ermüdung, institutioneller Ineffizienz, sowjetischen Altlasten und den negativen Auswirkungen russischer Propaganda in Verbindung gebracht. Diese Herausforderungen untergraben die Fähigkeit der Ukraine, ihre Truppenstärke und Frontlinie gegen die anhaltenden russischen Vorstöße aufrechtzuerhalten.

Der Personalmangel

Das Problem der unzureichenden Truppenstärke in den ZSU hatte sich bis Ende 2025 verschärft und stellt nun eine [zentrale Herausforderung](#) für die Fähigkeit der Ukraine dar, sich zu verteidigen. Ukrainische Frontverbände operieren oft mit nur einem Drittel ihrer vorgesehenen Stärke. Einigen Brigaden gehen die Infanteristen aus, sodass sie nicht mehr in der Lage sind, die Verteidigungslinien angemessen zu besetzen. Anfang 2025 wurde geschätzt, dass die Ukraine [rund 300.000 neue Rekruten](#) benötigt, um die Einheiten aufzufüllen und die Kampfkraft wiederherzustellen, aber seitdem konnten nur rund 200.000 Rekruten gewonnen werden – eine Zahl, die nicht ausreicht, um die Verluste durch Gefallene und Desertionen auszugleichen. Mittlerweile werden monatlich zwischen 17.000 und 24.000 neue Rekruten eingestellt, während Russland etwa 30.000 pro Monat rekrutiert, was die Personallücke weiter vergrößert.

Präsident Selenskyj [hat erklärt](#), dass die ukrainischen Truppen an wichtigen Frontabschnitten, wie beispielsweise in Pokrowsk in der Oblast Donezk, den russischen Streitkräften zahlenmäßig im Verhältnis acht zu eins unterlegen sind. Das verdeutlicht das allgemein dramatische Ungleichgewicht, das sich aus dem Mangel an Soldaten ergibt. So besteht die Gefahr weiterer Gebietsverluste.

Wie Russland hat auch die Ukraine begonnen, Strafgefangenen einen Austausch von Gefängnisstrafe gegen Frontdienst zu ermöglichen. Bis Anfang Juli 2025 wurden [mehr als 9.400 Strafgefangene](#), die den Wunsch geäußert hatten, mobilisiert zu werden, aus Strafanstalten entlassen. Weitere 1.500 Strafgefangene warteten auf die Genehmigung, anstelle einer Gefängnisstrafe in der Armee zu dienen.

Insbesondere in den letzten zwei Jahren ist die Zahl der Desertionen in der Ukraine stark angestiegen. [Berichten](#)

[zufolge](#) sind Zehntausende fahnenflüchtig, was nicht nur die Angst vor Verlusten auf dem Schlachtfeld widerspiegelt, sondern auch gesellschaftliche Ermüdung, sinkende Moral und Misstrauen gegenüber den Kommandeuren, da etliche Deserteure die ihnen zugeteilten Einheiten verlassen, um sich anderen Einheiten anzuschließen. Im Jahr 2024 verließen 51.000 Soldaten ohne Erlaubnis ihre Einheiten – mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr.

Korruption und institutionelle Schwäche

Verschiedene [korrupte Machenschaften](#) haben die Kriegsanstrengungen der Ukraine beeinträchtigt. Wehrpflichtumgehung wird im Austausch gegen Bestechungsgelder ermöglicht. Verteidigungsmittel werden verschwendet und Ressourcenverteilung funktioniert nicht immer. So hat beispielsweise die Ausstellung gefälschter ärztlicher Atteste durch korrupte militärische und zivile Medizinbeamte die Integrität der Tauglichkeitsprüfungen für den Militärdienst untergraben.

Weitere Beispiele sind die organisierte Schleusung wehrpflichtiger Männer aus der Ukraine mit gefälschten Dokumenten wie ärztlichen Attesten und Fahrerlaubnissen für humanitäre Hilfskonvois, um illegale Grenzübertritte an offiziellen Kontrollpunkten zu erleichtern. Allein im Jahr 2024 wurden über 120 Beamte der Beteiligung an solchen Machenschaften verdächtigt.

Gesellschaftliche Ermüdung

Die anhaltende Mobilisierung untergräbt zunehmend den [sozialen Zusammenhalt](#). Während die ukrainische Gesellschaft zu Beginn des Krieges eine beispiellose Solidarität zeigte, belasten der langwierige Konflikt, wirtschaftliche Schwierigkeiten und widersprüchliche Einstellungen zur Mobilisierung die nationale Einheit. Probleme im Zusammenhang mit der Mobilisierung, darunter eine manchmal als ungerecht empfundene Rekrutierungspraxis und das Fehlen transparenter Rotationsregeln für Frontsoldaten, gefährden den sozialen Zusammenhalt. Teile der Gesellschaft fühlen sich von den Anforderungen des Krieges überfordert.

Weitere Faktoren zerrütten den sozialen Zusammenhalt, darunter interne und externe Migration, unterschiedliche Lebenswege von Ukrainern im Ausland im Vergleich zu denen im Inland, psychische Probleme und politische Meinungsverschiedenheiten. Diese und ähnliche Faktoren verstärken soziale Ermüdung sowie emotionale Erschöpfung und belasten die gesellschaftlichen Bindungen. Die Mobilisierung ist für die Verteidigung und Widerstandsfähigkeit der Ukraine von entscheidender Bedeutung, verstärkt aber auch die Polarisierung der Gesellschaft, solange die Rekrutierung nicht transparenter gehandhabt und als fair empfunden wird.

Ausbildungs- und Führungsmängel

Unzureichendes Kampftraining, Misstrauen gegenüber Kommandeuren und schlechte Moral sind ebenfalls [Probleme](#) im Mobilisierungsprozess der Ukraine. Viele neu mobilisierte Soldaten haben keine vollständige Grundausbildung und wochenlangen Nachholbedarf in grundlegenden militärischen Fertigkeiten. [Unzureichende Vorbereitung](#) auf den Kampf macht Soldaten an der Front verwundbar und trägt zu Verlusten bei. Hinzu kommen Probleme mit schlechtem Management, unerfahrenen oder in anderer Hinsicht unzulänglichen Führungskräften und mangelnder Koordination innerhalb neu gebildeter Einheiten, was die Moral und Effektivität untergräbt. Das Vertrauen in die Kommandeure ist von entscheidender Bedeutung, und sein gelegentliches Fehlen hat dazu geführt, dass Soldaten schwach geführte Einheiten zugunsten solcher mit besserer Führung verlassen. Diese Faktoren wirken sich zusätzlich auf die Motivation und das Selbstvertrauen der Truppe aus und können zu operativen Rückschlägen und Verlusten auf dem Schlachtfeld beitragen.

Demografische und wirtschaftliche Zwänge

Zudem stellen demografische und wirtschaftliche Zwänge die ukrainischen Entscheidungsträger vor einen komplexen Zielkonflikt. Einerseits geht es um die Aufrechterhaltung einer effektiven militärischen Verteidigung. Andererseits ist auch die Gewährleistung wirtschaftlicher Stabilität von Bedeutung, die sowohl für die

Kriegsanstrengungen als auch weiter funktionierenden zahlreichen zivilen Unternehmen notwendig ist.

In den letzten Jahrzehnten hat sich [die demografische Entwicklung der Ukraine](#) von einem Land mit einer moderaten Geburtenrate zu einem Land mit einer rapide alternden Bevölkerung und immer geringeren Zahl junger Menschen gewandelt. Während der 1980er Jahre lag die Gesamtfurchtbarkeitsrate (GFR) der Ukraine bei zwei oder mehr Kindern pro Frau. Bis 2001 war die GFR jedoch auf einen Tiefstand von 1,1 gesunken. In den 1990er und frühen 2000er Jahren führte die Wirtschaftskrise nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zu niedrigen Geburtenraten und einer zunehmenden Abwanderung. Die Bevölkerung der Ukraine ging von einem Höchststand von über 50 Millionen Anfang der 1990er Jahre auf rund 37 Millionen im Jahr 2024 zurück.

Das bedeutet, dass die Alterskohorten, die heute und in naher Zukunft für die Mobilisierung am relevantesten wären, d. h. die 20- bis 35-Jährigen, im Vergleich zu früheren Kohorten relativ klein sind. Darüber hinaus sind dies auch diejenigen Altersgruppen, die sich in der Familiengründungsphase befinden sollten, um zukünftige Generationen hervorzubringen. Die Mobilisierung von Männern und Frauen in diesem Alter hat langfristig besonders negative Auswirkungen auf die Demografie der Ukraine und künftige Kohorten.

Es überrascht nicht, dass sich der Bevölkerungsrückgang in der Ukraine seit Beginn der vollumfänglichen Invasion Russlands nochmals beschleunigt hat. [Im Jahr 2024](#) beispielsweise verzeichnete die Ukraine 495.090 Todesfälle, fast dreimal so viele wie Geburten in diesem Jahr. Die Geburten gingen im Jahr 2024 im Vergleich zu 2021 um 35,5 % zurück.

Die Ukraine sieht sich aufgrund der Mobilisierung mit einem erheblichen [Arbeitskräftemangel](#) konfrontiert, der es Unternehmen erschwert, Arbeitskräfte zu rekrutieren und zu halten. Dieser Mangel betrifft sowohl qualifizierte als auch unqualifizierte Arbeitskräfte, führt zu Konflikten zwischen militärischen Erfordernissen und wirtschaftlichen Interessen und beeinträchtigt Geschäftstätigkeit und Wirtschaftswachstum. Die Überalterung des Militärpersonals und der Rückgang der Zahl der Freiwilligen verschärfen dieses Problem.

Obwohl die Gehälter und Prämien für Militärangehörige seit Beginn des umfassenden Krieges im Jahr 2022 mehrfach erhöht wurden, liegen sie weiterhin unter dem durchschnittlichen westlichen Soldniveau und sind niedriger als der aktuelle russische Sold. Im Jahr 2025 betrug die [Mindestgrundvergütung für ZSU-Personal 20.130 UAH](#), was etwa 400 € entspricht. [Darüber hinaus](#) gibt es Zahlungen für Soldaten, die einen Vertrag unterzeichnen, verwundet oder gefangen genommen werden oder akademische Abschlüsse, Ehren- und Sporttitel oder andere persönliche Leistungen vorweisen können. Auch der Einsatzort, die Art der Einheit, die Dienstzeit und die Wahrscheinlichkeit der Teilnahme an Kampfeinsätzen spielen eine Rolle. Das durchschnittliche Gesamtmonatsgehalt für Militärangehörige an vorderster Front betrug 2025 etwa 100.000 UAH oder rund 2.000 Euro.

Die Finanzierung der Mobilisierung und Kriegsanstrengungen sowie die gleichzeitig notwendige Reparatur und der Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur belasten den Staatshaushalt und die Verwaltung der Ukraine. Die Kosten für die Ausbildung, Ausrüstung und Versorgung der Soldaten sind erheblich. Ein ökonomisches Dienstaufschubsystem, bei dem bestimmte Arbeitnehmer durch Zahlungen ihrer Unternehmen an den Staat vom Militärdienst befreit werden können, ist im Verhältnis zu den Durchschnittsgehältern teuer, ändert aber wenig an der Gesamthaushaltssituation. Die ukrainische [Regierung hat Mühe](#), militärische Anforderungen mit wirtschaftlicher Nachhaltigkeit in Einklang zu bringen, was zu hohen Haushaltsdefiziten und Steuererhöhungen sowie Kürzungen von Sozialausgaben führt.

Negative Auswirkungen der russischen Propaganda

Die russische Propaganda zielt auf die Kampfmoral und nationale Einheit der Ukraine ab und versucht Mobilisierung durch Desinformation und psychologische Operationen zu behindern. Dazu gehört die Verbreitung [falscher Darstellungen](#), die darauf abzielen, die militärische und politische Führung der Ukraine zu diskreditieren, Misstrauen zwischen Militär und Zivilbevölkerung zu schüren und interne regionale Spannungen zu verstärken, indem beispielsweise Diskriminierung bei der Rekrutierung hochgespielt wird. Die russische Propaganda nutzt soziale Netzwerke, um echte und erfundene Inhalte zu verbreiten, die unter anderem angebliche Folter, Schikanen und Misshandlungen innerhalb der ukrainischen Armee zeigen, um potenzielle Wehrpflichtige und Zivilisten

abzuschrecken. Eine von der russischen Propaganda [verbreitete Geschichte](#) behauptete etwa, dass der Oberste Gerichtshof der Ukraine ein Urteil gefällt habe, das es Bürgern erlaube, Mitarbeiter von Rekrutierungszentren zu erschießen.

Die Propaganda nutzt auch die [Erzählung](#), dass nur arme Ukrainer mobilisiert werden, während die Reichen sich dem Dienst entziehen. Es wird das Narrativ einer „Fleischjagd“ verbreitet, um von der Einberufung abzuschrecken. Die Propaganda richtet sich sowohl an Ukrainer im Inland als auch im Ausland. So wird behauptet, dass Europa ukrainische Flüchtlinge ablehnt. Die Ukraine wird als korrupt, ineffizient und Marionette westlicher Mächte dargestellt. Diese Maßnahmen sind integraler Bestandteil einer umfassenderen russischen Strategie, die darauf abzielt, die Widerstandskraft der ukrainischen Gesellschaft und ihr Vertrauen in ihre Führung und Streitkräfte zu schwächen. Auf diese Weise soll die Mobilisierung verlangsamt und Verteidigungsfähigkeit des Landes beeinträchtigt werden.

Lösungsperspektiven

Die [Ideen, die derzeit](#) von der ukrainischen Regierung, nationalen und internationalen Experten sowie der Zivilgesellschaft diskutiert werden, um das Personalproblem der ZSU zu lösen, sind vielfältig. Die diskutierten Änderungen zielen größtenteils darauf ab, die Attraktivität des Militärdienstes zu erhöhen, und reichen von größeren finanziellen Anreizen für Fronteinsätze über verbesserte Ausbildung und militärische Führung, Bekämpfung von Korruption und Misswirtschaft bis hin zum verstärkten Einsatz unbemannter Fahrzeuge für Angriffsoperationen sowie einer erhöhten Rotation und längeren Urlaubszeiten für Soldaten. Es gibt auch Debatten über eine geschlechtsneutrale Wehrpflicht und intensivere Rekrutierung ausländischer Söldner.

Im Jahr 2025 führte die Ukraine verschiedene [Reformen](#) durch, darunter die Einführung von befristeten Verträgen, die Erlaubnis für Männer im Alter von 18 bis 22 Jahren, die Ukraine trotz Kriegsrechts zu verlassen, und ein neues militärisches Grundausbildungsprogramm für 18- bis 25-Jährige. Eine weitere Reform führte zum [Übergang zu einer korpsbasierten Kommandostruktur](#), um die operative Effizienz zu verbessern. Die Regierung hat die Wehrpflichtziele erhöht, indem sie das maximale Wehrpflichtalter angehoben und die Ausnahmeregelungen reduziert hat, während sie gleichzeitig mit strengeren Strafen und der Einführung eines digitalen Registers gegen Wehrdienstverweigerung vorgeht. Im November 2025 [kündigte](#) Verteidigungsminister Denys Shmyhal eine weitere Überarbeitung der Verträge der ukrainischen Armee mit ihren Soldaten an. Die neuen Verträge sehen eine Begrenzung der Dienstzeit auf ein bis fünf Jahre, eine Erhöhung der monatlichen Grundzulage (von 50.000 bis 60.000 UAH) sowie Einstellungsprämien und Kampfzulagen vor und ermöglichen es den Rekruten, ihre Brigade und Position selbst zu wählen.

Eines der folgenreichsten Probleme des Mobilisierungsgesetzes von 2024 ist, dass es kein klares Verfahren zur [Demobilisierung](#) eingezogener Soldaten enthält. In letzter Minute beantragten der Generalstab der Streitkräfte und das Verteidigungsministerium, die ursprünglich vorgesehenen Demobilisierungsbestimmungen aus dem Mobilisierungsgesetz zu streichen, da sie befürchteten, dass dies zu einem Verlust erfahrener Soldaten führen und die Verteidigungsfähigkeit des Landes inmitten des andauernden Konflikts schwächen würde. Sobald eine Person mobilisiert ist, muss sie derzeit bis zum Kriegsende dienen. Diese unbefristete Verpflichtung ist einer der psychologisch schwierigsten Aspekte des Militärdienstes, der die Moral der Truppe untergräbt.

Schlussfolgerungen und politische Empfehlungen

Seit Beginn der vollumfänglichen Invasion Russlands im Jahr 2022 hat die Ukraine ohne direkte militärische Intervention anderer Staaten, sondern allein mit Lieferungen von militärischer Ausrüstung, unerwartet gute Ergebnisse bei der Verteidigung ihres Landes und der europäischen Sicherheitsordnung erzielt. Dies ist eine Leistung, die nur wenige andere europäische Nationen hätten vollbringen können. Darüber hinaus hat die Ukraine dies erreicht, während sie weitgehend eine relativ offene und pluralistische politische Ordnung bewahrt hat. Sie verfügt nach wie vor über eine aktive Opposition sowie eine unabhängige Zivilgesellschaft und befindet sich auf EU-Integrationskurs.

Ende 2025 ist der Militärdienst jedoch zu einem der umstrittensten Themen in der Ukraine geworden, was zu

Risiken von außen und im Inneren führt. Der stellvertretende Kommandeur der 3. Separaten Brigade, Oberstleutnant [Maksym Zhorin](#), klagte beispielsweise: „In einem so großen Krieg, in dem es wichtig ist, die gesamte Bevölkerung einzubeziehen, sollten nicht nur motivierte Freiwillige und diejenigen, die sich keinen Platz in der Reserve kaufen konnten, kämpfen müssen. Vertreter aller Gesellschaftsschichten sollten kämpfen. Dazu gehören auch die Kinder von Politikern, Beamten, Bloggern und Aktivisten sowie Vertreter des Showbusiness.“ Rhetorik wie diese zeigt, dass das Mobilisierungsthema zu einer großen Herausforderung für die Verteidigung der Ukraine geworden ist und die Widerstandsfähigkeit des Landes untergräbt.

Es entsteht eine wachsende Kluft zwischen denen, die dienen und nicht wissen, wann sie demobilisiert werden, und denen, die sich der Mobilisierung entziehen konnten. Diese Ungerechtigkeit ist demoralisierend und schafft Probleme für den sozialen und politischen Zusammenhalt. Kyjiw muss glaubwürdigere und berechenbarere Bedingungen für seine Soldaten schaffen und zeigen, dass es alles in seiner Macht Stehende tut, um sicherzustellen, dass so viele wie möglich dienen. Mobilisierte Soldaten müssen das Gefühl haben, dass für sie gesorgt und das Risiko, getötet oder verwundet zu werden, so gering wie möglich gehalten wird.

Darüber hinaus beeinträchtigen die Mobilisierungsprobleme den Ruf der Ukraine bei ihren internationalen Partnern. So haben US-Analysten argumentiert, dass die Ukraine die benötigten Waffen von ihren westlichen Partnern erhalten habe und es nun an der Ukraine liege, die notwendigen personellen Ressourcen bereitzustellen, um diese Waffen effektiv einzusetzen. Die Rekrutierung von Soldaten ist für die Ukraine zu einer Frage internationaler Glaubwürdigkeit geworden.

Dieser Bericht enthält keine konkreten Empfehlungen für die ukrainische Regierung und Zivilgesellschaft, wie die oben und [an anderer Stelle](#) dargelegten [verschiedenen](#) Probleme angegangen werden können. Es gibt eine Fülle von Ideen und eine intensive innenpolitische Debatte darüber, wie die Situation verbessert werden kann. Wir wiederholen lediglich die bereits von zahlreichen Kommentatoren geäußerten Ziele, die die ukrainische Regierung und das Parlament anstreben sollten: (a) Schaffung gerechterer, fairerer und attraktiverer Bedingungen für den Militärdienst; (b) Lösung des Problems der Demobilisierung nach transparenten Regeln; (c) entschlossene Bekämpfung von internen Problemen wie Korruption und inkompetenter Führung und (d) Wahrung des öffentlichen Vertrauens, des sozialen Zusammenhalts und der nationalen Einheit.

Eine große Anzahl internationaler staatlicher und nichtstaatlicher Partner des ukrainischen Volkes ist bereit, es in seinem Kampf ums Überleben zu unterstützen. Diese ausländischen Akteure könnten auf folgende Weise zur Lösung des wachsenden Personalproblems der ZSU beitragen:

1. Finanzielle Unterstützung der Ukraine, damit ihre Soldaten eine angemessene Ausbildung, attraktive Bezahlung und hervorragende Ausrüstung erhalten;
2. Belieferung des ukrainischen Staates mit möglichst modernen Waffen, die dazu beitragen können, die Verluste ukrainischer Soldaten an der Front zu verringern;
3. Ausrüstung der ZSU mit Langstreckenartillerie, Kampfflugzeugen sowie weitreichenden Raketen und Drohnen, um das Todesrisiko für Soldaten zu verringern;
4. Schaffung von Luftschutzzonen mit westlichen Abfangjägern („SkyShield“) in der West- und Zentralukraine, die es Kyjiw ermöglichen würden, Truppen aus dem Hinterland an die Front zu verlegen;
5. Technologische Zusammenarbeit mit der Ukraine, die darauf abzielt, riskante Frontaufgaben mit Hilfe von unbemannten Fahrzeugen, KI und Robotik zu bewältigen;
6. Förderung ukrainischer Institutionen, Organisationen und Einzelpersonen, die sich mit der Konzipierung und Umsetzung von Militärreformen befassen;
7. Unterstützung des ukrainischen Staates, seine im Ausland lebenden Bürger zu motivieren, in ihre Heimat zurückzukehren und sich der ZSU anzuschließen;
8. Unterstützung der Ausbildung von Sanitätern und Rettungsassistenten, um Verwundete und Tote schnell und professionell zu versorgen und zu evakuieren; sowie
9. Unterstützung des ukrainischen Staates bei der Behandlung verwundeter oder traumatisierter Soldaten und Wiedereingliederung von Militärveteranen in die Gesellschaft.

Nicht zuletzt sollten die Freunde Kyjiws die Ukraine mit allen ihnen zur Verfügung stehenden politischen, wirtschaftlichen und anderen Mitteln dabei unterstützen, die Souveränität des Landes während des laufenden, von

den USA geführten Verhandlungsprozesses zu wahren und die Voraussetzungen für einen gerechten sowie dauerhaften Frieden zu schaffen. Russland geht u.a. mit der Forderung in die Verhandlungen, dass die Souveränität der Ukraine in Bezug auf die Größe ihrer Armee und ihre Fähigkeit, Hilfe externer Partner zu erhalten, beschränkt werden soll. Diese Einschränkungen würden die Herausforderungen, denen die Ukraine in Bezug auf ihre Selbstverteidigung, die Mobilisierung und Ausbildung ihrer Soldaten, ihr politisches System und ihren sozialen Zusammenhalt gegenübersteht, weiter verschärfen. Sie würden die Wahrscheinlichkeit einer zukünftigen russischen Aggression erhöhen, die nicht nur die Ukraine, sondern auch andere europäische Länder direkt betreffen könnte.

Jakob Hedenskog und Andreas Umland

¹ Der vorliegende Bericht befasst sich in erster Linie mit dem Zeitraum nach dem neuen Mobilisierungsgesetz vom April 2024. Ein [früherer Bericht](#) der SCREEUS vom März 2024 analysiert den Prozess, der zu dem neuen Gesetz geführt hat.

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwaltsgesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.